

07. Juli 1998

Wird der 10. Juli 1998 ein schwarzer Tag für Bürgerrechte?

Am 10. Juli 1998 findet die letzte Bundesratssitzung vor der Bundestagswahl statt. Statt den Bürgerinnen und Bürgern Wahlgeschenke zu machen, droht dieser Tag zu einem schwarzen Tag für die Bürgerrechte zu werden.

In mindestens vier Gesetzen werden Grausamkeiten für den Datenschutz geplant:

- Im Asylbewerberleistungsgesetz geht es nicht nur um die Einschränkung von Leistungen für Flüchtlinge; ganz nebenbei wird der regelmäßige Datenabgleich zwischen Ausländerbehörden und Leistungsträger geregelt, ohne daß hierfür eine Notwendigkeit nachgewiesen worden ist.
- Zwar hat man sich inzwischen - entgegen dem Votum von Bundesinnenminister Kanther - auf eine gesetzliche Grundlage bei der Einrichtung einer Gendatenbank geeinigt. Der Straftatenkatalog für eine Speicherung in dieser Datei ist aber unverhältnismäßig umfassend; eine zweckwidrige Nutzung der Daten ist im Gesetz geradezu angelegt; auf weitergehende grundrechtssichernde Verfahrensregelungen wurde verzichtet.
- Alle betrifft die Zulassung der Schleierfahndung im BGS-Gesetz. Bundesgrenzschutzbeamte sollen ohne konkreten Anlaß auf Bahnhöfen, Flughäfen und in Zügen kontrollieren können. Hiermit wird in den Bereich ausschließlicher Landeskompetenzen eingegriffen. Gravierender ist aber der Eingriff in die Rechte der Kontrollierten, denen faktisch ein Ausweisungswang auferlegt wird; andernfalls können sie grundlos von Polizeibeamten festgehalten werden.
- Einen besonderen Coup hat der Gesetzgeber mit dem "Medizinproduktegesetz" geplant, in dessen Art. 4 klammheimlich das Sozialgeheimnis demontiert werden soll, indem alle Sozialleistungsträger - von den Krankenkassen über die Jugendämter (!) bis hin zu den Sozialämtern - verpflichtet werden, auf polizeiliche Anforderung Meldungen über den Aufenthalt im Amt zu machen, z.B. um einen polizeilichen Zugriff zu ermöglichen. Weder ein Haftbefehl noch eine richterliche Anordnung sollen nötig sein, es genügt polizeiliches Gutdünken. Der Effekt dieser Regelung wird sein, daß viele Bedürftige und deren Familienangehörige aus Angst vor der Meldung an die Polizei keine Hilfe mehr in Anspruch nehmen werden.

Stellungnahme:

Zu diesen Planungen erklärt der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Datenschutz, Dr. Thilo Weichert:

"Für drei der vier Gesetze gibt es keinerlei plausible Notwendigkeit; beim vierten wird überzogen. Angesichts der geplanten Eingriffe muß man vermuten, daß man neuerdings Wahlkämpfe mit Einschnitten in Bürgerrechte gewinnen will.

Die soziale Schraube und die repressive Überwachungs-Schraube werden ohne nennenswerten Aufschrei der Empörung in einem gemeinsamen Kraftakt der großen Parteien angezogen.

So sehr das Wahlkampfklimate aufgeheizt wird, so kalt wird das soziale und bürgerrechtliche Klima. Die Vertreter insbesondere der SPD-regierten Länder im Bundesrat sind aufgerufen, diesen vom Bundestag vorgezeichneten Weg zu stoppen."

Nachtrag:

Der 10. Juli wurde zum schwarzen Tag für Bürgerrechte!